

Aufwendungen der Sozialdienste im Zusammenhang mit der Geltendmachung von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen; Grundsätze der Kostenübernahme



Beauftragen die regionalen Sozialdienste zur Klärung der sozialversicherungsrechtlichen Ansprüche ihrer Klienten Dritte oder geben ein Gutachten in Auftrag, können diese Kosten unter bestimmten Voraussetzungen ausnahmsweise durch die Sozialhilfe übernommen werden.

1. Ausgangslage

Die Sozialdienste sind dazu angehalten, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips in der Sozialhilfe die Hilfeempfänger bei der Geltendmachung von sozialversicherungsrechtlichen Ansprüchen zu unterstützen. In komplexen Fällen, insbesondere im Bereich der Invalidenversicherung, können die zuständigen Sozialdienste bezüglich Fachlichkeit an ihre Grenzen stossen. Zur Klärung der Erfolgchancen und zur Durchsetzung der Rechtsansprüche in sozialversicherungsrechtlichen Beschwerdeverfahren kann es deshalb in begründeten Fällen angezeigt sein, dass die Unterstützung Dritter (spezialisierte Anwälte, Fachstellen) herbeigezogen wird oder weitere Gutachten in Auftrag gegeben werden. Es stellt sich die Frage, ob diese Kosten von der Sozialhilfe zu tragen sind.

2. Lösungsansatz

Bei der erstmaligen Anmeldung für den Bezug sozialversicherungsrechtlicher Ansprüche stellen sich in der Regel keine Probleme. Die Frage der Prüfung von Erfolgchancen einer allfälligen Beschwerde und der Auftrag für weitere Gutachten (z.B. im IV-Verfahren) stellt sich erst nach einem ablehnenden Entscheid (im IV-Verfahren bereits nach einem negativen Vorentscheid). Ist ein solcher erfolgt und erscheint ein Weiterzug nach erster Beurteilung des zuständigen Sozialdienstes nicht aussichtslos, ist folgendermassen vorzugehen:

1. Kostengutsprache des Sozialdienstes für Erstberatung bei einem spezialisierten Anwalt oder bei einer Fachstelle mit vorgegebenen Kostendach. Werden die Erfolgsaussichten einer Beschwerde verneint, können die entstandenen Kosten über die Sozialhilfe finanziert werden.
2. Werden die Erfolgsaussichten bejaht und wird Beschwerde eingereicht, ist zwingend die integrale unentgeltliche Rechtspflege zu beantragen; Anwalts- und Verfahrenskosten werden in diesem Fall vom Gemeinwesen, dem die entscheidende Beschwerdeinstanz angehört, getragen (IV-Stelle und Versicherungsgericht sind kantonale Behörden; allfälliger Weiterzug an die Bundesbehörden). In der Regel werden im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege auch die Erstberatungskosten bei einem Anwalt vom Staat übernommen.
3. Ergibt die Erstberatung durch den beigezogenen Anwalt oder die Fachstelle, dass zur Durchsetzung der Ansprüche ein medizinisches oder psychiatrisches Gutachten nötig ist, sind vorab bei in Frage kommenden Begutachtungsstellen Offerten einzuholen und ist diejenige Variante mit dem optimalsten Preis-/Leistungsverhältnis in Auftrag zu geben. Dabei ist ein maximales Kostendach festzulegen. Bei Parteigutachten ist zu beachten, dass diese im IV-Verfahren in der Regel nicht über die unentgeltliche Rechtspflege vergütet werden, sondern von der Partei selber und damit von der Sozialhilfe getragen werden müssten. Deshalb ist bei der Anordnung von Parteigutachten Zurückhaltung geboten. Für die Anordnung eines solchen Gutachtens ist ein Behördenbeschluss (Sozialkommission) notwendig. Weiter wird darauf hingewiesen, dass die Anordnung eines Gutachtens eine vorgängige Ergänzungsmeldung an das Amt für soziale Sicherheit auslöst.

geht an:

Präsidien der Sozialregionen
Regionale Sozialdienste
Fachkommission Menschen in sozialen Notlagen
Verband der solothurnischen Einwohnergemeinden